

Regionalismus als Gegenstrategie zur Festung Europa

Malaysias Finanzminister Anwar Ibrahim über die Beziehungen zwischen ASEAN und EG nach Maastricht



Anwar Ibrahim

aus: FEER v. 2.9.93, S. 13

Europa stand in den letzten beiden Jahren aus zwei Gründen im Zentrum des Weltinteresses. Erstens wegen der demokratischen Revolutionen und zweitens wegen des Vertrags von Maastricht, der die Europäische Gemeinschaft zum größten einheitlichen ökonomischen Markt macht.

Infolge dieser beiden Ereignisse betrachten wir aus Ostasien Deutschland mit einem wachsenden Auge. Es besteht nahezu Übereinstimmung in der Auffassung, daß Deutschland die treibende Kraft im neuen Europa ist.

Nirgendwo sind die ungewöhnlichen Entwicklungen und Probleme als Konsequenz der raschen Veränderungen, die die Welt in den letzten Jahren erlebte, deutlicher als hier in Deutschland. Selbst die Hoffnung auf Veränderung hat eine grundlegendere Herausforderung an unsere Institutionen, unseren Verstand und unsere organisatorischen Fähigkeiten dargestellt als wir es uns noch vor vier Jahren vorgestellt hatten.

Im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts dürfen die unerledigten und halb fertigen Aufgaben nicht länger liegen bleiben. Deutschland wird, wie schon so oft in der neuen Geschichte, ein strategischer Platz in der langwierigen Auseinandersetzung um globale, nationale und menschliche Probleme zukommen.

Nicht eingelöst ist bislang das Versprechen des Sieges über Krankheiten, der Beseitigung von Armut und Unterernährung, der Sicherung eines stabilen Friedens, der Formulierung einer gerechten und partizipatorischen Weltordnung, oder der freien Austausch und die Teilhabe an Wissen und Expertise mit dem Ziel, diese überall hervorzubringen.

Das Bestreben der Welt nach Regionalismus ist etwas ganz natürliches. ASEAN wurde zu einer Zeit gegründet

als, die Welt fest in einem bipolaren Machtgleichgewicht gefangen war. Unsere Gründungsväter erkannten bereits, daß, wenn wir nicht näher zusammenrückten und größeres Verständnis füreinander aufbrächten, die Region zum Spielball des Wettstreits der Supermächte um ihre Vorherrschaft degenerieren würde. Dies hätte zur Folge gehabt, daß wir uns heute zu den verarmten Nationen zählen oder immer noch um ein nachhaltiges Wachstum kämpfen müßten.

Unsere Region ist nicht etwa frei von Spannungen. Im Gegenteil, es gibt viele ungelöste Fragen. Aber jetzt, wo wir eine gemeinsame Ebene der Verständigung erreicht haben, beschwören etwaige Irritationen nicht mehr langwierige Krisen herauf, die die Region destabilisieren und den ökonomischen Erfolg unterminieren könnten.

Wirtschaftlicher Erfolg ist eine wertvolle und knappe Ressource. Er ist unser Vehikel zur Erfüllung der dringendsten Wünsche, der unentbehrliche Bestandteil einer wahrhaft verbesserten Lebensqualität aller unserer Staatsbürger. Wir haben bereits Millionen von drückender Armut, Analphabetentum und behindernden Krankheiten befreit. Aber jenseits aller Überlegungen von Wohlstand hat die soziale und ökonomische Entwicklung uns dazu befähigt, unsere Würde und unser Ansehen wiederzugewinnen und hat uns auf der Weltbühne ein neues Selbstbewußtsein verliehen.

Nichtsdestotrotz geht unser Erfolg als politischer Staatenbund nicht mit einer vergleichbaren Leistung auf wirtschaftlichem Gebiet einher. Aber in dem Maße, wie die Weltwirtschaft zunehmend weltumspannende Züge annimmt, muß ASEAN seine ökonomischen Ziele in aggressiver Art und Weise verfolgen. Andernfalls steht es in Gefahr, in die

Bedeutungslosigkeit abzusinken.

Tatsächlich nötigt die Errichtung von Blöcken seitens der westlich industrialisierten Nationen ASEAN dazu, unterschiedene Maßnahmen zum Schutz der legitimen Eigeninteressen zu ergreifen. Mündet Maastricht in die Wiederbelebung des europäischen Wirtschaftsraums und trägt zur Ausweitung des weltweiten Handels bei, so ist dies für die Welt sicherlich von Vorteil. Das gleiche gilt für die Nordamerikanische Freihandelszone NAFTA. Wir jedoch befürchten, daß der ökonomische Regionalismus zur defensiven Abschottung dient. Dieser Neomerkantilismus, die Förderung von regionalem Wachstum unter Ausschluß oder mit begrenzter Teilhabe anderer, wird mit Sicherheit die weltweite Prosperität gefährden. Unsere Erfahrungen lehren uns, daß Handel die Initialzündung für wirtschaftlichen Aufschwung bedeutet. Ziehen sich aber die reicheren Länder in abgeschlossene Wirtschaftsräume zurück, wird die Hoffnung der verarmten Menschheit im Süden, sich von Armut und Elend zu befreien, getrübt.

Wir können doch nicht die Haltung einer privilegierten Gruppe einnehmen, die für die schlimmsten Auswüchse dieses Jahrhunderts verantwortlich ist, und diese mit in das 21. Jahrhundert übernehmen. Das ist ebenso ein ökonomisches wie ein humanitäres Gebot. Wir dürfen weder Unmut im Volk aufkommen lassen, der seinen Nährboden in Zeiten ökonomischer Krisen findet, noch enge, sektorale Interessen zulassen, die die Tatsache übergehen, daß Wachstum eine gemeinsame und zu teilende Ressource ist.

Der Regionalismus, den wir verfolgen, ist ein offener Regionalismus. Es entspricht einer pragmatischen Politik,

praktikable institutionelle Rahmenbedingungen für regionale Wachstumszentren zu schaffen und gleichermaßen freie und multilaterale Handelsbeziehungen zu fördern. Dies ist ein notwendiger Schritt, um uns ebenso gegen protektionistische Bestrebungen anderswo zu schützen wie auch unsere Wirtschaft gegenüber der weltweiten ökonomischen Instabilität abzuf puffern.

In dieser Hinsicht wird die Gründung der ASEAN-Freihandelszone AFTA und der East Asia Economic Caucus so schnell wie möglich umgesetzt werden.

Ostasien hat in den vergangenen paar Jahrzehnten rasant an ökonomischer Bedeutung gewonnen. Heutzutage stellt die Region ungefähr ein Fünftel der weltweiten Wirtschaftsleistung, das ist mehr als das Doppelte ihres Anteils im Jahr 1965. Im Gegensatz dazu stagniert der Anteil Europas bei ca. einem Viertel, wohingegen der der USA drastisch von 40 % 1960 auf ca. 25 % 1990 gesunken ist.

Das 21. Jahrhundert wird uns mehr als je zuvor einander näher bringen. Die Unmittelbarkeit unserer gegenseitigen

Beziehungen, die so einfach und mühelos weltweit ausdehnbar sind, verlangen eine wahrhaft globale Sichtweise. Wollen wir die Fehler der Vergangenheit vermeiden, müssen wir Regionalismus gestalten, ohne auf Internationalismus zu verzichten.

Diese Rede wurde am 11. Februar 1993 vor der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bonn gehalten. Übersetzt aus dem Englischen von S. Wycisk

Koloniale Interessen des Deutschen Reiches in Südostasien?

Das Fragezeichen im Titel ist gerechtfertigt. Was war "kolonial" an den Interessen des Deutschen Reiches in "Südostasien", sofern es solche überhaupt gab?

Gewiß können Antworten auf solche Fragen nur im Kontext der Zeit gefunden werden. Das Deutsche Reich existierte erst nach 1871 und betrieb Kolonialismus bis 1918. "Südostasien" war damals ein unklar definierter Begriff: Mal wurde Neuguinea dazugezählt, mal Taiwan und manchmal die Nicobaren, einst österreichische Kolonie. Im Zentrum des von diesen Inseln gebildeten Dreiecks liegt ein Gebiet, das deutscher Politik besonders beachtenswert schien: die Sulu-Inseln und die Philippinen.

Bereits 1681, noch bevor Brandenburg-Preußen Königreich wurde, schlug der für die Flotte Verantwortliche vor: "der Kurfürst möchte eine Expedition nach Ostindien und Manila senden und zugleich gegen Mohren und Chinesen kreuzen lassen, vorher aber von anderer Seite Informationen einziehen".¹⁾ Die andere Seite, die niederländischen Generalstaaten verwahrten sich dagegen, dem Kurfürsten war der Handel mit diesen wichtiger als die Kolonialpläne und die Flotte wurde abgerüstet.

Gerade dies, die Angst vor Nachteilen in Europa, war auch später eines der Hindernisse für eine auf die Errichtung von Kolonien ausgerichtete Politik in Bezug auf Südostasien. Ein weiterer Hemmschuh wurde deutlich, als in der Gründungsstunde des Reiches, im Gefolge des Krieges von 1870/71 die französische Seite den siegreichen Deutschen



"Wenn zwei sich streiten, freut sich der Dritte". Kaiser Wilhelm II. 1898 auf den Philippinen

aus: S. Rohde-Enslin, *Östlich des Horizontes*, Altenberge 1992, S. 9

vorschlug, das soeben eroberte Elsaß-Lothringen Frankreich zu belassen und dafür den Cochinchina genannten Süden Vietnams zu nehmen. Die Antwort Bismarcks ist überliefert: "O!O! Cochinchina! Das ist aber ein sehr fetter Brocken für uns; wir sind aber noch nicht reich genug, um uns den Luxus von Kolonien leisten zu können."²⁾

Oft wurden Kolonien erst viele Jahre nach ihrer Errichtung wirtschaftlich lohnend. Infrastrukturmaßnahmen, Bestechung lokaler Machthaber und vor allem Kolonialtruppen kosteten zunächst Geld.

Weil die europäischen Nachbarn wenige Gebiete übrig gelassen hatten, die ohne Protest eingenommen werden konnten, war es am aussichtsreichsten, sich dort zu engagieren, wo die Kolonialherren eher schwach und die Bevölke-

rung rebellisch war. Eine Gelegenheit dazu ergab sich bereits 1866, als der Sultan von Sulu, der sich - allen Spanien geschworenen Unterwerfungseiden zum Trotz - als unabhängiger Herrscher sah, einen Brief an den preußischen König richtete, worin er diesen aufforderte zu kommen, "um Ruhe und Ordnung" herzustellen. Der Sultan bot dafür die Unterwerfung unter preußische Oberhoheit und die Abtretung eines Teiles Nordostborneos an. Warum das Angebot ausgeschlagen wurde, mag ein Zitat des geheimen Regierungsrates W.D. Koner belegen: "Das Protectorat über eine allen Verträgen hohnsprechende Nation, die Gründung einer Colonie in Mitten einer seit Jahrhunderten als Seeräuber verrufenen Bevölkerung würde einen Aufwand von Streitkräften und Geld erheischen, der keineswegs durch die zu hof-